



24/SVV/1332

Beschlussvorlage
öffentlich

Personal Außenstelle Bürgerservicecenter im Potsdamer Süden

<i>Geschäftsbereich:</i> Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit	<i>Datum</i> 22.11.2024
---	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i> 04.12.2024	<i>Gremium</i> Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	<i>Zuständigkeit</i> Entscheidung
---	---	--------------------------------------

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Schaffung von bis zu zehn zusätzlichen Stellen für die Aufgabenerfüllung einer Außenstelle des Bürgerservicecenters im Potsdamer Süden zum 01.04.2025.

Begründung:

Derzeit sind über 190.000 Potsdamer/-innen auf die Dienstleistungen des Bürgerservicecenters in der Yorckstr. 22-24 angewiesen. Für die Anliegen der Potsdamer/-innen stehen die Mitarbeitenden des Bürgerservicecenters an 6 Tagen in der Woche für insgesamt 48 h zur Verfügung. Das Bürgerservicecenter nimmt im Wesentlichen Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahr.

Bei vielen Dienstleistungen sind gesetzliche Fristen einzuhalten. So besteht für die Bürger/-innen die Pflicht, sich im Bürgerservicecenter innerhalb von 14 Tagen an- bzw. umzumelden. Dieser Pflicht können die Bürger/-innen am Standort Yorckstr. 22 - 24 derzeit nicht nachkommen, da die Termine oftmals frühzeitig ausgebucht sind.

Es wurden bereits verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um eine Besserung herbeizuführen. In dem Konzept zur Optimierung des Bürgerservicecenters (vgl. 24/SVV/0678 und 23/SVV/0385) werden diese erläutert und auch geplante Maßnahmen benannt. Eine Maßnahme ist die Einrichtung einer Außenstelle des Bürgerservicecenters im Potsdamer Süden.

Für eine Außenstelle im Potsdamer Süden ist zusätzliches Personal erforderlich. Für die Berechnung der Personalkosten und der Kosten für den Arbeitsplatz wird auf die Werte der KGSt zurückgegriffen. Danach betragen Personal-, Sach- und Gemeinkosten (einschließlich Raumkosten) pro Jahr und Sachbearbeiter/-in **77.000 EUR**. In einer Außenstelle, in der alle Dienstleistungen des Bürgerservicecenters erbracht werden, besteht ein Personalbedarf von bis zu 15 VZE. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 6 Schalterarbeitsplätze (inkl. Ausgabeschalter) einzurichten sind. Weiterhin wird ein Dienstkoordinator, ein Kassenverantwortlicher, ein Mitarbeitender für die Information und Mitarbeitende für Aufgaben im Backoffice benötigt.

Da es eine Verschiebung des Publikumsstroms von der Yorckstr. in die Außenstelle geben wird, werden 5 VZE aus der Yorckstr. der Außenstelle zugeordnet, so dass insgesamt bis zu 10 VZE für die Außenstelle im Potsdamer Süden benötigt werden, um einen vollwertigen Standort einzurichten.

Es ist vorgesehen, das Bürgerservicecenter im Potsdamer Süden im zweiten Halbjahr 2025 zu öffnen. Abhängigkeiten ergeben sich aus der Suche und Ertüchtigung eines Standortes. Demzufolge sind die zusätzlichen Stellen zum 01.04.2025 zu besetzen. In der Zeit bis zur Eröffnung werden die neuen Mitarbeitenden am Standort Yorckstraße eingearbeitet.

Anlagen:

- | | | |
|---|--|------------|
| 1 | Darstellung der finanziellen Auswirkungen | öffentlich |
| 2 | Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage | öffentlich |

Darstellung der finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorlage

Betreff: Personal Außenstelle Bürgerservicecenter im Potsdamer Süden

1. Hat die Vorlage finanzielle Auswirkungen? Nein Ja
2. Handelt es sich um eine Pflichtaufgabe? Nein Ja
3. Ist die Maßnahme bereits im Haushalt enthalten? Nein Ja Teilweise
4. Die Maßnahme bezieht sich auf das Produkt Nr. 1220201 Bezeichnung: Bürgerservicecenter.
5. Wirkung auf den Ergebnishaushalt:

Angaben in EUro	Ist-Vorjahr	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Gesamt
Ertrag laut Plan	1.930.700	2.003.600	2.035.700	2.067.600	2.100.000	0	8.206.900
Ertrag neu	1.959.879	2.003.600	2.035.700	2.067.600	2.100.000	0	8.206.900
Aufwand laut Plan	3.448.300	3.303.800	3.301.800	3.323.900	3.371.900	0	13.301.400
Aufwand neu	3.729.541	3.878.800	4.067.800	4.089.900	4.137.900	766.000	16.940.400
Saldo Ergebnishaushalt laut Plan	1.517.600	1.300.200	1.266.100	1.256.300	1.271.900	0	5.094.500
Saldo Ergebnishaushalt neu	1.769.662	1.875.200	2.032.100	2.022.300	2.037.900	766.00	8.733.500
Abweichung zum Planansatz	-252.062	-575.000	-766.000	-766.000	-766.000	-766.000	-3.639.000

5. a Durch die Maßnahme entsteht eine Haushaltsbelastung über den Planungszeitraum hinaus bis 2028 in der Höhe von insgesamt 3.639.000 Euro.

6. Wirkung auf den investiven Finanzhaushalt:

Angaben in Euro	Bisher bereitgestellt	lfd. Jahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Folgejahr	Bis Maßnahmeende	Gesamt
Investive Einzahlungen laut Plan								
Investive Einzahlungen neu								
Investive Auszahlungen laut Plan								
Investive Auszahlungen neu								
Saldo Finanzhaushalt laut Plan								
Saldo Finanzhaushalt neu								
Abweichung zum Planansatz								

7. Die Abweichung zum Planansatz wird durch das Unterprodukt Nr. Bezeichnung gedeckt.

8. Die Maßnahme hat künftig Auswirkungen auf den Stellenplan? Nein Ja
 Mit der Maßnahme ist eine Stellenreduzierung von 0 Vollzeiteneinheiten verbunden.
 Diese ist bereits im Haushaltsplan berücksichtigt? Nein Ja
9. Es besteht ein Haushaltsvorbehalt. Nein Ja

Hier können Sie weitere Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen darstellen (z. B. zur Herleitung und Zusammensetzung der Ertrags- und Aufwandspositionen, zur Entwicklung von Fallzahlen oder zur Einordnung im Gesamtkontext etc.).

Für die Inbetriebnahme einer weiteren Außenstelle des Bürgerservicecenters wurde für die Aufgabenerfüllung ein zusätzlicher Personalbedarf von bis zu 10 VZE ermittelt. Die Kosten für 10 VZE setzen sich wie folgt zusammen:

Personalkosten:	Vergütungsgruppe E7	ca. 54.000 €/ VZE
Arbeitsplatzkosten:	z.B. Büromiete einschließlich notwendiger baulicher Anpassung, Büroausstattung, Geschäftsausgaben	ca. 22.600 €/ VZE
<hr/>		
Summe		76.600 €/ VZE
Personalbedarf		10 VZE
<hr/>		
Gesamtkosten im Jahr		766.000 €

Die Stellenbedarfe sind aus dem gesamtstädtischen Stellenplan zu bedienen.

Im Jahr 2025 wird davon ausgegangen, dass die organisatorischen Vorbereitungen im 1. Quartal erfolgen. Aufwendungen sind ab dem 2. Quartal für Personalgewinnung und -befähigung zum Sachbearbeiter zu veranschlagen. Daher werden anteilig 9/12 der Gesamtkosten für das Jahr 2025 haushaltswirksam. Für den Zeitraum 2025 bis 2028 werden voraussichtlich ca. 3.639.000 € zusätzliche finanzielle Mittel für die Erweiterung der Serviceleistungen erforderlich.

2025	575.000 €
2026 ff.	766.000 €

Die ausgewiesenen Aufwendungen sind nicht Bestandteil der aktuellen Haushaltsplanung 2025, Pst 12, und erhöhen somit den Zuschussbedarf des Unterprodukts 1220201-Bürgerservicecenter.

Anlagen:

- Erläuterung zur Kalkulation von Aufwand, Ertrag, investive Ein- und Auszahlungen
(Interne Pflichtanlage!)
- Anlage Wirtschaftlichkeitsberechnung (anlassbezogen)
- Anlage Folgekostenberechnung (anlassbezogen)

Pflichtige Zusatzinformationen zur Vorlage

Betreff:

Personal Außenstelle Bürgerservicecenter im Potsdamer Süden

öffentlich nicht öffentlich

► **Berücksichtigung Gesamtstädtischer Ziele** ja nein

<input checked="" type="checkbox"/> Digitales Potsdam	<input checked="" type="checkbox"/> Wachstum mit Klimaschutz und hoher Lebensqualität	<input type="checkbox"/> Vorausschauendes Flächenmanagement
<input type="checkbox"/> Bedarfsorientierte und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur	<input type="checkbox"/> Umweltgerechte Mobilität	<input type="checkbox"/> Bürgerschaftliches Engagement
<input type="checkbox"/> Investitionsorientierter Haushalt	<input type="checkbox"/> Vielseitiges Unternehmertum	<input type="checkbox"/> Bezahlbares Wohnen und nachhaltige Quartiersentwicklung

Bezug zum Strategischen Projekt (falls möglich):

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

► **Finanzielle Auswirkungen** ja nein

Das Formular „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage beizufügen!

Fazit der finanziellen Auswirkungen:

Kurze Zusammenfassung der Pflichtanlage (keine Wiederholung)

Durch den Personalbedarf von bis zu 10 VZE entstehen jährlich Kosten in Höhe von 766.000 €. Die Aufwendungen sind nicht Bestandteil der aktuellen Haushaltsplanung 2025, Planstufe 12.

► **Berechnungstabelle Demografieprüfung**

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
					0	keine

► **Klimaauswirkungen** positiv negativ keine

Fazit der Klimaauswirkungen:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.